



Hans-Christian Ströbele
Mitglied des Deutschen Bundestages
Unter den Linden 50, 10117 Berlin

Telefon 030 227 – 71503
Fax 030 227 – 76804

E-Mail: hans-christian.stroebele@bundestag.de

**Bericht des Abgeordneten Hans-Christian Ströbele
über die Einzeldienstreise nach Afghanistan vom 29.01. bis 03.02.2010:**

Geplant hatte ich zunächst eine selbst organisierte Einzelreise vom 29.1. bis 3.2. 2010 nach Afghanistan. Als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und des PKGr wollte ich mir selbst ein Bild von der Lage im Land machen. Besonderes Interesse hatte ich an den Stimmungen, Diskussionen und Meinungen in der Bundeswehr, an Kontakten und Gesprächen mit der Zivilgesellschaft und Informationen über die Sicherheitslage und den zivilen Aufbau. Vor Beginn wurde von Bundeswehr und Auswärtigem Amt angeboten, die Organisation, Flug und Unterbringung zu übernehmen, aber gebeten, aus organisatorischen Gründen die Reise möglichst gemeinsam mit der parallel geplanten Reise der Abgeordneten Christine Buchholz und Jan van Aken (beide Mitglieder der Fraktion Die Linke) durchzuführen. Dem haben wir zugestimmt. Flug, Übernachtungen und die meisten Besuchstermine wurden gemeinsam wahrgenommen.

Auch Dank der großen organisatorischen Unterstützung durch die Bundeswehr und das Auswärtige Amt war die Reise erfolgreich. Wir konnten mit vielen Dutzenden Personen Gespräche führen. Vier Tage hatten wir während der Flüge und Aufenthalte in Termez, Mazar e Sharif und Kunduz Gelegenheit mit Soldaten der Bundeswehr aller Dienstränge, deutschen Polizeiausbildern und Vertretern des AA zu reden. Sie waren sehr auskunftsfreudig. In Kunduz haben wir zahlreiche Angehörige von Opfern der Bombardierung gesprochen, außerdem vier Dorfälteste und Vertreter der deutschen staatlichen Hilfsorganisationen KfW und GTZ. In Kunduz und Kabul trafen wir ein Dutzend VertreterInnen der Zivilgesellschaft. In Kabul sind wir von der deutschen Botschaft betreut worden. Mit Abgeordneten, mit Vertretern von BMZ, UNAMA, EU, EUPOL und der staatlichen Entwicklungsorganisationen KfW, GTZ, DED sind wir



Hans-Christian Ströbele
Mitglied des Deutschen Bundestages
Unter den Linden 50, 10117 Berlin

Telefon 030 227 – 71503
Fax 030 227 – 76804

E-Mail: hans-christian.stroebele@bundestag.de

zusammengetroffen. Stark eingeschränkt wurden unsere Möglichkeiten der Kontaktaufnahme außerhalb der besonders gesicherten Geländes und Gebäudes durch Sicherheitsvorgaben wegen der als besonders hoch eingeschätzten Gefahrenlage. Nur am letzten Nachmittag haben wir die Vertretung der Heinrich-Böll-Stiftung in Kabul aufsuchen und in deren Räumen mit Personen aus der Zivilbevölkerung diskutieren können, nachdem ich auf besondere Schutzmaßnahmen schriftlich verzichtet hatte.

Besuch beim Regional Command (RC) North in Mazar-e-Sharif 30. 1. 2010

Den Zwischenaufenthalt nutzten wir zur Besichtigung des modern eingerichteten Krankenhauses der Bundeswehr, Gesprächen mit Soldaten und einem Vertreter des GPPT bzw. EUPOL.

Im Krankenhaus haben wir kurz mit einem verletzten Soldaten und mehreren Patienten aus der afghanischen Bevölkerung gesprochen.

Gespräch mit General Leidenberger

General Leidenberger, Kommandeur der Nordregion, gab ein Briefing.

Der General gab seine Einschätzung zur Regierung und Regionaladministration nach der Präsidentschaftswahl. Er betonte, ISAF wolle die afghanische Regierung aktiv bei der Entwicklung des Landes unterstützen. Ziel sei es, die Akzeptanz der Regierung und ihrer Internationalen Partner bei der afghanischen Bevölkerung zu fördern. Diese solle die Erfahrung machen, dass sie von Frieden und Wirtschaftsentwicklung Vorteile hat und die Regierung sowie deren Internationale Partner unterstützen. Der Auftrag des RC North sei, militärische Operationen in enger Kooperation mit nicht-militärischen Akteuren im zugewiesenen Operationsgebiet Nordafghanistan durchzuführen, um die afghanische Regierung und das afghanische Volk bei der Herstellung und Erhaltung



Hans-Christian Ströbele
Mitglied des Deutschen Bundestages
Unter den Linden 50, 10117 Berlin

Telefon 030 227 – 71503

Fax 030 227 – 76804

E-Mail: hans-christian.stroebele@bundestag.de

eines sicheren und stabilen Umfeldes zu unterstützen und gleichzeitig Wiederaufbau, Entwicklung und regionale Stabilität zu fördern. Aufgaben seien die immer neue Beurteilung der Gesamtlage in der Nordregion, die informationsgestützte und zielorientierte Führung der unterstellten Kräfte, sowie die Förderung von Wiederaufbau und Entwicklung sowie die Herstellung der Rahmenbedingungen für einen Erfolg der Gesamtmision.

Gespräch mit Polizeiausbilder in Mazar-e-Sharif, Berater des Gouverneurs 30.1. 2010

Die deutsche Polizei stellt 80 Ausbilder. Hinzu kommen 46 Feldjäger der Bundeswehr. Die deutsche Polizei untersteht nicht dem Militär. Derzeit seien ca. 120 Polizisten in Afghanistan. Das Konzept sei, dass je 4 Feldjäger und 4 Polizisten mit afghanischen Polizisten gemeinsam in den Distrikten in die Fläche und dort Streife gehen. Von den 120 Distrikten gebe es jetzt in 8 dauerhafte Polizeipräsenz. Es würden deutlich mehr Polizisten gebraucht. In einigen Distrikten gebe es überhaupt keine Polizei. Der „Schwund“ werde auf 10 -30 % geschätzt. Hinzu komme, dass von der Zentralregierung im Norden ausgebildete Polizisten im Süden eingesetzt werden. Dem würden sich viele schnell entziehen, weil sie dadurch den Kontakt zu ihren Familien gefährdet sehen. Viele Polizisten würden auch von Privatfirmen abgeworben. 70 % der Polizeibewerber seien zudem Analphabeten, was die Ausbildung schwierig mache. Die Ausbildungsdauer sei achtwöchig und umfasse das Auffinden und Beseitigen von Sprengfallen, Erlernen des Waffengebrauchs und die Durchführung von Kontrollen. Derzeit sei das Zahlenverhältnis Polizisten zu Soldaten eins zu drei. In Zukunft sollen mehr Polizisten in die Fläche gehen, dort auch wohnen. In 10 – 11 Distrikten sei das nicht nötig. 17 Distrikte würden durch die USA „versorgt“.

Besuch des Lagers des Provincial Reconstruction Team (PRT) Kunduz 30.- 31.1.2010:



Hans-Christian Ströbele
Mitglied des Deutschen Bundestages
Unter den Linden 50, 10117 Berlin

Telefon 030 227 – 71503

Fax 030 227 – 76804

E-Mail: hans-christian.stroebele@bundestag.de

Im PRT habe ich nach einer Einführung durch Oberst Rohrschneider Gespräche mit vielen Soldaten und mit Polizeiausbildern geführt und die von der GTZ gebauten neuen Gebäude der Polizeiakademie besichtigt, die voraussichtlich im März eröffnet wird.

Gespräch Oberst Rohrschneider

Er ist Kommandeur der Bundeswehreinheiten in Kunduz und seit Nov. 2009 in Afghanistan. Er gibt eine Einweisung in die Situation. Kunduz sei immer eine Talibanhochburg gewesen. Für viele Afghanen seien sie die gewesen, die Recht und Ordnung gebracht haben. Die Regierung in Kabul habe dies schon bis 1998 nicht erreicht.

Auf Nachfrage erklärte er, die Führungsriege der Taliban im Norden hätten keinen Kontakt zu den deutschen Stellen. Die Bevölkerung habe kaum noch Erwartungen und schlechte Zukunftsaussichten. Die Polizei müsse Sicherheit und Ordnung auch in der Fläche herstellen und erhalten. Von den Soldaten der Bundeswehr werde erwartet, dass sie weiter bleiben. Die ANA (Afghan National Armee) sei besser als ihr Ruf.

Zwei Gespräche mit vier deutschen Polizeiausbildern in Kunduz 30.1. 2010

Mit vier deutschen Polizeibeamten habe ich zwei Mal über Sinn und Erfolg der Ausbildung von afghanischen Polizisten in acht Wochen zum Teil auch sehr intensiv diskutiert. Sie berichteten, von einer Tradition der Polizeiausbildung durch deutsche Ausbilder, die vor Beginn des Bürgerkrieges begonnen hatte. Deutsche Ausbilder und Ausbildung durch Deutsche hätten großes Ansehen in Afghanistan und daran könnte angeknüpft werden. Für die Alphabetisierung sei nicht die Polizei, sondern die GTZ zuständig. Ohne Grundkenntnisse des Lesens und Schreibens sei die Ausbildung schwierig. Man müsse auf Bilder, Zeichnungen oder Symbole zurückgreifen, wenn es



Hans-Christian Ströbele
Mitglied des Deutschen Bundestages
Unter den Linden 50, 10117 Berlin

Telefon 030 227 – 71503

Fax 030 227 – 76804

E-Mail: hans-christian.stroebele@bundestag.de

etwa um das Verhalten an Kontrollstellen gehe. Acht Wochen Ausbildungszeit sei zu kurz. Die deutsche Polizei könne und wolle den Umgang mit schweren Waffen nicht vermitteln. Viele würde dies aber erwarten. Vor allem beim Einsatz in der Fläche scheinen solche Fähigkeiten häufig auch notwendig. Ob die Beteiligung von Feldjägern der Bundeswehr an Ausbildung und Einsatz in der Fläche der richtige Weg sei, sei fraglich. Amerikaner und Franzosen bilden auch an militärischem Gerät aus. Ein einheitliches Konzept der Polizeiausbildung durch Ausbilder aus der internationalen Gemeinschaft fehle. Die Bundeswehr müsse die Gegend sicher machen, dann erst komme die Polizei und könne die Sicherheit für die Bevölkerung stabil erhalten. Einigkeit bestand darin, dass die Ausbildung afghanischer Polizisten durch deutsche Ausbilder sinnvoll ist und verstärkt fortgesetzt werden sollte, schon weil nach einem Ende des Krieges so ausgebildete Polizisten als Ordnungskräfte landesweit benötigt werden.

EUPOL Bericht:

EUPOL Afghanistan arbeitet seit Mitte Juni 2007. Ziel dabei ist der Aufbau, die Beratung und Reform der afghanischen Polizei. Die Mission hat von Kabul ausgehend eine Präsenz in 15 von 34 Provinzen Afghanistans aufgebaut. Aktuell arbeiten rund 270 internationale Experten für EUPOL (ca. 180 in Kabul, 90 in den Provinzen), davon sind 44 Deutsche Missionsangehörige. Der Rat hat 2008 die Verdopplung der Missionsstärke auf 400 beschlossen. Im Zusammenhang mit der Afghanistan-Konferenz in London hat Deutschland für die Mission eine Erhöhung auf 60 sekundierte Experten angekündigt und gleichzeitig eine Mandatsanpassung eingefordert, in Richtung eines verstärkten Engagements der Mission im Bereich Ausbildung und bei der Durchführung eigener Projekte. Das Mandat der Mission endet am 14.06.2010. Deshalb wird im ersten Halbjahr 2010 über die Verlängerung und ggf. neue Ausgestaltung des Mandats zu entscheiden sein. Man hat sehr große Schwierigkeiten mit der Personalrekrutierung,



Hans-Christian Ströbele
Mitglied des Deutschen Bundestages
Unter den Linden 50, 10117 Berlin

Telefon 030 227 – 71503
Fax 030 227 – 76804

E-Mail: hans-christian.stroebele@bundestag.de

u.a. weil Afghanistan das gefährlichste Einsatzgebiet der zivilen Polizeimission ist. Weitere Herausforderungen seien die Unterbringung und die Transportmöglichkeiten der zivilen Experten in den Provinzen. Dabei sieht man besonderen Handlungsbedarf bei der Umsetzung der Ankündigung der Erhöhung des deutschen Beitrages.

Treffen mit Dorfältesten 31.1. 2010

Haji Amanullah Otmansai: er ist ein hochangesehener Dorfältester, versicherten uns andere Gesprächspartner in Kunduz. Er kommt mit drei weiteren Ältesten ins Zelt im Militärlager. Sie erzählen von ihren Lebensumständen in den Dörfern rund um Kunduz. Sie erwarten mehr Hilfe beim Straßenbau und für die Landwirtschaft. Zudem sprechen sie die Brücke Arzin an, die die Bevölkerung von Kunduz seit langem dringend braucht. Seit Jahren sei der Bau von den Deutschen versprochen, aber sie warten immer noch. Auch die Taliban seien kein Hinderungsgrund. Diese würden die Brücke nicht zerstören, sie wünschten die Brücke ebenfalls. Auf Nachfrage erläuterten sie, zu ihrem Verhältnis zu den Taliban, dass Straßen, Brunnen und Schulen von Taliban nicht angegriffen würden, wenn diese mit den Ältesten und damit der Bevölkerung abgesprochen seien. Sie fordern, dass sich die Regierung besser mit Dorfältesten abstimmen soll. Auch müssten sie an Verhandlungen mit Aufständischen beteiligt werden. Zudem sei von großer Bedeutung, dass alle Nachbarstaaten an Verhandlungen teilnehmen und die Vereinbarungen mittragen müssten. Das gelte auch für Russland.

Herr Otmansai hat mich zu einem Besuch in sein Dorf eingeladen. Auf die Frage, ob das nicht zu gefährlich sei, weist er darauf hin, es gebe Gastfreundschaft, die von allen respektiert würde. Als seinem Gast würde mir nichts passieren.



Hans-Christian Ströbele
Mitglied des Deutschen Bundestages
Unter den Linden 50, 10117 Berlin

Telefon 030 227 – 71503

Fax 030 227 – 76804

E-Mail: hans-christian.stroebele@bundestag.de

Abschließend sprechen die Ältesten sich dagegen aus, die Soldaten der internationalen Gemeinschaft abzuziehen, solange die afghanische Polizei und Armee nicht aufgebaut sind. Sonst sei zu befürchten, dass der Bürgerkrieg wieder beginnt.

Gespräch mit Oberstleutnant Kisch am 30.1. 2010

Kommandeur der Task Force 47 (TF 47) ist seit Nov. 2009 in Afghanistan. Er informiert uns über die Zusammensetzung und Aufgabestellung für die TF 47.

Besuch Hotel Kunduz 31.1. 2010:

Am 31. Januar fuhren wir in einer Kolonne von gepanzerten Fahrzeugen durch die Stadt zum militärisch abgeriegelten und bewachten Hotel Kunduz. Auf unseren Wunsch, Personen, die nicht ins PRT-Lager kommen wollen, in der Stadt zu treffen, wurde zunächst das Deutsche Haus als Treffpunkt vorgesehen. Kurzfristig musste jedoch ein neuer Ort gesucht werden, weil der Hausherr - die GTZ - die Nutzung dieses Hauses nicht gestattete – aus Sicherheitsgründen. Unsere afghanischen Gesprächspartner mussten sich Durchsuchungen vor dem Betreten des Hotels unterziehen. Diese Atmosphäre war eine Belastung für alle.

Gespräch mit Angehörigen von Opfern der Bombardierung vom 4.9.2009

Wir kamen dort mit elf Angehörigen von Opfern des Bombardements vom 04.September 2009 und zwei Frauen aus der Regionalversammlung von Kunduz zusammen, die die Familien betreuen und deren Interessen wahrnehmen. Sie berichten über den schrecklichen „Vorfall“ und den Tod ihrer Angehörigen. Sie kritisieren das langsame Reagieren der afghanischen Regierung auf die Entwendung der Tanklastwagen an jenem Tag. Die Fahrzeuge seien bereits um 15 Uhr nachmittags



Hans-Christian Ströbele
Mitglied des Deutschen Bundestages
Unter den Linden 50, 10117 Berlin

Telefon 030 227 – 71503

Fax 030 227 – 76804

E-Mail: hans-christian.stroebele@bundestag.de

in dem Flussbett festgefahren, die Bomben seien dann gegen 2 Uhr nachts gekommen. Die Zivilisten hätten mit der Bombardierung nicht rechnen können. Sie erbitten schnelle und unbürokratische Hilfe für ihre Familien, die bisher nicht angekommen sei. Es genüge nicht, Decken für den Winter zu bringen.

Zudem kamen deutschen Vertreter von GTZ und KfW ins Hotel. Sie berichten mir über die Sicherheitslage und ihre Aufbauprojekte. Sie leben und arbeiten weiterhin in der Stadt. Sie fahren auch zu Projektbesuchen, allerdings in einige Distrikte nicht wegen der schlechten Sicherheitslage. Die Zusammenarbeit mit afghanischen Mitarbeitern sei gut. Ihre Projekte sind Straßen- und Brunnenbau, Bewässerung sowie Schulen und Ausbildung. Verzögerungen gebe es zuweilen wegen der angespannten Gefährdungslage. Zugesagt wurde die Übersendung einer Aufstellung der Projekte, aus der sich der aktuelle Stand und der Mittelaufwand ergibt.

Gespräch mit Vertreter der Zivilgesellschaft aus Kunduz 31.1. 2010

Ein Vertreter, der mir berichtet, gehört keiner Partei an, aber arbeitet mit vielen Leuten zusammen. Er berichtet von Netzwerken der Zivilgesellschaft. Er überlegt, ob er im September zur Wahl antreten soll. Jedoch hat er vielleicht nicht genug Geld dafür.

Er hält den Abgeordneten Barshardost für einen geeigneten Präsidentschaftskandidaten. Er berichtet von erheblicher Kritik am Gouverneur. Dieser werde aber von der Zentralregierung eingesetzt und gehalten.

Eine Lösung der schwierigen Probleme im Land und eine Beendigung des Krieges seien nur möglich, wenn Iran, Pakistan, Russland und Indien in die Vereinbarung eingebunden sind. Z.B. berichtet er von einer steigenden Zahl von Söldnern aus Tschetschenien, die unberechenbar seien. Auch die vielen privaten Sicherheitsfirmen würden die Lage teilweise nicht sicherer machen.



Hans-Christian Ströbele
Mitglied des Deutschen Bundestages
Unter den Linden 50, 10117 Berlin

Telefon 030 227 – 71503

Fax 030 227 – 76804

E-Mail: hans-christian.stroebele@bundestag.de

Gespräche mit einem Dutzend Soldaten im PRT 30. und 31. 1. 2010

Wir werden im PRT immer wieder von Soldaten aller Dienstgrade angesprochen. Auf dem Weg zur Kantine, beim Essen, am Flughafen und im Freizeitlokal „Lummerland“. Wir hatten mehr als ein Dutzend Gesprächspartner aus der Bundeswehr. Darunter sind auch zwei, die sich als Angehörige der Sondereinheit TF 47 zu erkennen geben. Alle sind sehr auskunftsfreudig und gesprächswillig. Sie begrüßen, dass Abgeordnete sich vor Ort in Afghanistan ein Bild machen. Einige fordern, dass dies alle Abgeordnete tun. Sie nehmen sich viel Zeit für ihre Mitteilungen und bitten sogar noch, mit in die Unterkünfte zu kommen.

Die Einschätzungen und Meinungen zu Sinn und Erfolg ihres Einsatzes waren sehr unterschiedlich. Gerade auch von einfachen Soldaten werden große Skepsis und Zweifel geäußert. Einige meinten., der Einsatz sei gescheitert. Sie befürworteten ein möglichst rasches Ende des Einsatzes. Viele bedauern, dass sie überhaupt keinen normalen Kontakt zur Bevölkerung bekommen. Deshalb könnten sie auch nicht die Sicherheit der Bevölkerung garantieren. Sie dürften das befestigte Gelände nur in gepanzerten Fahrzeugen und Kolonnen verlassen. Ca. 40% der Soldaten im PRT verlassen das Lager sogar nie. Einigen gelinge in der Freizeit mal ein Ausgang in die Stadt, den sie als „high risk shopping“ bezeichnen.

Zur Kooperation mit der afghanischen Armee wird viel Negatives berichtet. Diese würden zu verabredeten gemeinsamen Einsätzen immer wieder nicht erscheinen, weil angeblich kein Treibstoff vorhanden war oder kein Sold gezahlt wurde.

Keine Kritik kommt von den Soldaten an der Bombardierung vom 4.9. .Gespräche darüber kamen wenige zustande.

Besuch in Kabul vom 01. bis 03. Februar 2010:



Hans-Christian Ströbele
Mitglied des Deutschen Bundestages
Unter den Linden 50, 10117 Berlin

Telefon 030 227 – 71503

Fax 030 227 – 76804

E-Mail: hans-christian.stroebele@bundestag.de

Zunächst wurden wir als Delegation des Deutschen Bundestages vom Deutschen Botschafter, Herrn Werner H. Lauk, empfangen und von ihm zur aktuellen politischen Lage gebrieft.

Gespräch mit dem deutschen Botschafter Lauk am 1.2. 2010

Er berichtet über Kritik an der Vorschlagsliste des Präsidenten für die Besetzung von Ministerposten.

Der unterlegene Präsidentschaftskandidat Abdullah habe sich weitgehend zurückgezogen. Der ehemalige Sicherheitsberater des Präsidenten werde jetzt Außenminister. Der bisherige Außenminister Spanta werde vielleicht Sicherheitsberater. Er habe gute Kontakte zu Beiden. Und sei gerade dabei, sich mit Spanta zu verabreden. Präsident Karzai habe die Einberufung einer Loya Jirga angekündigt. Dazu müssten die Distrikträte zusammenkommen. Mehr Übergabe der Verantwortung an die Afghanen heiße auch, den Leuten bei der Alphabetisierung zu helfen. Dies gilt auch für die Polizei. Das habe die internationale Gemeinschaft übersehen. Erst nach 8 Jahren käme die Einsicht.

Gespräch mit VertreterInnen der deutschen EZ-Gemeinde 1.2. 2010

Im Deutschen Haus trafen wir zu einem Gespräch mit VertreterInnen der deutschen Entwicklungsorganisationen (KfW, GTZ, DED) zusammen. Daran nahmen folgende Personen teil:

Michael Gruber	KfW	Büroleiter
Gunnar Weltzholtz	KfW	Projektmanager
Anosha Wahidi	BMZ	Beraterin



Hans-Christian Ströbele
Mitglied des Deutschen Bundestages
Unter den Linden 50, 10117 Berlin

Telefon 030 227 – 71503
Fax 030 227 – 76804

E-Mail: hans-christian.stroebele@bundestag.de

Martin Schuldes	Dtsche Botschaft	WZ-Referent
Dr. Alema Alema	DED/ZFD	Koordinatorin ZFD
Dr. Ueli Mueller	GTZ	Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung
Bettina Otte	GTZ	Berufliche Bildung
Carl Taestensen	GTZ	stellvertretender Büroleiter
Ingrid Sobel	DED	Verwaltungschefin

Es wurde diskutiert, ob erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit und der sinnvolle und nachhaltige Einsatz der von der Bundesregierung in Aussicht gestellten zusätzlichen Mittel für Aufbau und Entwicklung "unter den Bedingungen von Krieg und Besatzung" überhaupt möglich seien. Es wurde berichtet, insbesondere durch ein professionelles "Risk Management" sei trotz schwieriger Sicherheitslage ein Rahmen geschaffen worden, durch den der deutschen EZ und ihren Mitarbeitern vor Ort weiterhin breite Handlungsmöglichkeiten zur Umsetzung von Entwicklungsmaßnahmen "on the ground" eingeräumt werde. Man brauche aber einen langen Atem: es wurde geschätzt, dass es ca. 1, 5 Generationen dauere bis ein deutlicher Fortschritt des Landes erreicht sei. So sei sowohl die deutsche als auch die internationale Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan zu Recht langfristig angelegt. Zudem wurden einige Projekte vorgestellt: Die Formel der wichtigsten Projekte sei 4 plus 2: Wasser, Bildung, Beratung, Energie, Wasserkraft plus Rechtsstaatlichkeit sowie Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Dazu wurden jeweils einige konkrete Projektbeispiele vorgestellt, die für die afghanische Bevölkerung zu spürbaren und erlebbaren Fortschritten ihrer individuellen



Hans-Christian Ströbele
Mitglied des Deutschen Bundestages
Unter den Linden 50, 10117 Berlin

Telefon 030 227 – 71503
Fax 030 227 – 76804

E-Mail: hans-christian.stroebele@bundestag.de

Lebenssituation geführt hätten (z.B. Trinkwasserversorgung Kabul, Herat, Kunduz; Stromversorgung Kabul; einkommensschaffende Maßnahmen in Nord-Afghanistan wie etwa die Tomatenmarkfabrik in Kunduz, erfolgreicher Aufbau der Export Promotion Agency; Bau von Teacher Training Colleges/TTCs, Vocational Training Centers/VTCs, Lehrerinnenausbildung). Einvernehmen bestand in der Einschätzung, dass für die nachhaltige Gestaltung von Entwicklungsprozessen die Menschen vor Ort, d.h. die dezentrale/lokale Ebene, noch stärker eingebunden werden müsse.

Gespräch mit H. Nicolai, Leiter ISAF-"Stability Division" 1.2. 2010

In dem kurzen Gespräch erläuterte Hermann Nicolai die Zielsetzung der "Governance Unit" und der "Stability Division" bei ISAF. Beide beruhten auf der Erkenntnis von COMISAF, dass die Aufstandsbekämpfung keine militärische Aufgabe allein sei, sondern eine gewichtige zivile Komponente habe. Aufgabe der "Stability Division" sei es, COMISAF entsprechenden Sachverstand zur Verfügung zu stellen und als Schnittstelle zu zivilen Behörden, den Akteuren der EZ und internationalen Organisationen zu dienen. ISAF implementiere keine Projekte, bemühe sich aber, der afghanischen Regierung, Gebern und internationalen Organisationen zu vermitteln, welche Entwicklungs- und Governance-Aktivitäten aus Sicht der Aufstandsbekämpfung besonders wichtig sind. Schwerpunktthemen seien insbesondere Dezentralisierung, der Aufbau lokaler Administration, insbesondere in Distrikten, die von Aufständischen befreit wurden, der Zugang zu Rechtsprechung und die Unterstützung der Regierung bei der Korruptionsbekämpfung.

Gespräch mit der UNAMA: R. Watkins 1.2. 2010

Der stellvertretende UN- Sondergesandte, Robert Watkins, berichtete zunächst über die Arbeit der UNAMA-Mission, erläuterte dabei deren Probleme und gab dabei seine



Hans-Christian Ströbele
Mitglied des Deutschen Bundestages
Unter den Linden 50, 10117 Berlin

Telefon 030 227 – 71503
Fax 030 227 – 76804

E-Mail: hans-christian.stroebele@bundestag.de

Einschätzung zur Lage in Afghanistan ab. So sei der Konflikt sicherlich nicht allein militärisch lösbar. Dies habe auch COMISAF in seiner Analyse erkannt. UNAMA gebe grundsätzlich keinen Kommentar zur Truppenstärke in Afghanistan ab; allerdings gebe es erheblichen Bedarf bei der Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte. Es gelte, den Konflikt zu "afghanisieren": Je afghanischer er sei, desto wahrscheinlicher sei auch eine Lösung. Die Überlegungen zu Aussöhnung und Reintegration bezeichnete Watkins als „richtigen Ansatz“. Selbstverständlich müsse darauf geachtet werden, mit einem Reintegrationsprogramm nicht falsche Signale und Anreize zu setzen. Man dürfe aber auch nicht vergessen, dass jedes Jahr mehr als 2 Mrd. US-Dollar an Unterstützung nach Afghanistan fließen; der geplante Reintegrationsfonds sei da nur ein Instrument unter vielen. Gespräche auf politischer Ebene zu einer möglicherweise umfassenden nationalen Versöhnung seien daneben ebenfalls notwendig. Hier gebe es Kontakte auf unterschiedlichen Ebenen. Wichtig sei, dass es sich um einen afghanisch geführten Prozess handle. Die UN hätten dabei durchaus ihre Rolle, dem Mandat des Sicherheitsrates der UN entsprechend jedoch nur auf Ersuchen der afghanischen Regierung. Man dürfe sich hier keiner Illusion hingeben. Politische Verhandlungen seien extrem schwierig, nicht zuletzt wegen der „Vielseitigkeit der Aufstandsbewegung“ selbst. Die "Kerngruppe" sei sicherlich nicht "aussöhnbar". Wichtig sei, über den Verhandlungen mit radikalen Kräften andere politische Kräfte nicht zu vergessen. So gelte es unter anderem, die Zivilgesellschaft, aber auch die Medien weiter zu stärken.

Abendessen beim Deutschen Botschafter gemeinsam mit VertreterInnen der afghanischen Zivilgesellschaft:

Der Botschafter, Herr W. Lauk, gab in der deutschen Botschaft ein Abendessen, wozu er auch VertreterInnen der afghanischen Zivilgesellschaft sowie Mitglieder der „Wolesi



Hans-Christian Ströbele
Mitglied des Deutschen Bundestages
Unter den Linden 50, 10117 Berlin

Telefon 030 227 – 71503

Fax 030 227 – 76804

E-Mail: hans-christian.stroebele@bundestag.de

Jirga“ eingeladen hatte. Es nahmen neben der Delegation aus Deutschland folgende Personen teil:

1. GAILANI, Fatima, Roter Halbmond
2. BARAKZAI, Shukria, Wolesi Jirga
3. MIR, Haroun, ACRPS
4. RAFIEE, Aziz, ACSF
5. DANISH, Habiba, Wolesi Jirga
6. SPINGHAR, Jandad, FEFA
7. ZAHINE, Ehsan, TLO

Während des gesamten Abends fanden ausführliche Gespräche über das Engagement Deutschlands – sowohl militärisch als auch im EZ-Bereich – statt. Die Gäste kamen dabei zu unterschiedlichen Meinungen über den Einsatz der Bundeswehr im Norden. Alle waren sich jedoch darin einig, dass das zivile Engagement dringend gebraucht werde. Herr Rafiee berichtete über seine Arbeit als Direktor des Afghanischen Forums der Zivilgesellschaft (ACSF) – ein Dachverband von 137 afghanischen NGOs und betonte, die ausländischen Partnerländer hätten insbesondere im Gesundheits- und Bildungsbereich eine Vielzahl positiver Entwicklungen in Gang gesetzt. Doch trotz aller Erfolge lebe fast die Hälfte der afghanischen Bevölkerung noch immer in Armut, ein Drittel sei von Hunger bedroht. In vielen Teilen Afghanistans und vor allem in den ländlichen Regionen seien die staatlichen Institutionen schwach und nicht in der Lage, die Menschen mit den grundlegendsten Leistungen zu versorgen. Der Zugang zu Strom und Leitungswasser sei begrenzt, die Gesundheitsversorgung – vor allem für Frauen – mangelhaft. Etwa jede halbe Stunde sterbe eine Afghanin an den Folgen von Schwangerschaft und Geburt und eine weitere an Tuberkulose. Auch wenn viel Geld geflossen sei, nachhaltige, für den institutionellen Aufbau entscheidende Investitionen



Hans-Christian Ströbele
Mitglied des Deutschen Bundestages
Unter den Linden 50, 10117 Berlin

Telefon 030 227 – 71503

Fax 030 227 – 76804

E-Mail: hans-christian.stroebele@bundestag.de

ließen jedoch auf sich warten. Der Großteil der Hilfe sei in die Ministerien geflossen. Auf Provinz- und Distriktebene seien Zuwendungen für den Aufbau des Rechtssystems und gute Regierungsführung hingegen ausgeblieben. „Korruption und fehlende Transparenz haben die Schwäche der staatlichen Strukturen weiter verschärft.“ Die afghanische Zivilgesellschaft sei viel zu wenig in den Aufbau des Landes einbezogen worden. Dabei gebe es ein großes Potential für bürgerschaftliches Engagement. Deutschland solle diese Menschen mehr unterstützen.

Gespräche mit Amanullah Paiman und Abdul Satar Khawasi am 2.2. 2010

Bei der Unterredung mit Amanullah Paiman, dem Vizepräsidenten der Wolesi Jirga, an der auch der "Sekretär" des Unterhauses, Abdul Satar Khawasi, teilnahm, wurde die mangelnde Einbindung des Parlaments in die Entscheidungsfindung zu zentralen Fragen der weiteren Entwicklung Afghanistans kritisiert. So habe der Präsident die Wolesi Jirga im Vorfeld der Londoner Konferenz ebenso wenig konsultiert wie zur Frage der Aussöhnung mit den Taliban. Er habe die Sorge, dass die Lage sich weiter verschlechtern könnte, wenn die Taliban das Angebot der Regierung nicht akzeptierten. Man müsse sehen, dass die Taliban keineswegs nur für Geld kämpften. Entscheidend sei, die Nachbarländer für Aussöhnung und Reintegration zu gewinnen. Herr Paiman (Abgeordneter für die Provinz Badakhshan) zeigte sich unzufrieden mit den Entwicklungsfortschritten in Nord-Afghanistan. Wo deutsche PRTs seien, werde zu wenig für den Aufbau des Landes getan. Mehr Soldaten verbesserten die Lage nicht (im Gegenteil); vielmehr müsse mehr in den zivilen Aufbau des Landes investiert werden. Die Afghanen müssten konkrete Fortschritte sehen können. Er wolle aber nicht missverstanden werden: Er rufe damit nicht zu einem sofortigen Abzug auf. Die internationalen Truppen dürften nicht so weit verringert werden, dass Kabul am nächsten Tag in die Hände der Taliban falle. Wichtig sei, den Aufbau der Afghanischen Sicherheitskräfte zu forcieren. Khawasi pflichtete Paiman bei: Ein US-Soldat koste am



Hans-Christian Ströbele
Mitglied des Deutschen Bundestages
Unter den Linden 50, 10117 Berlin

Telefon 030 227 – 71503

Fax 030 227 – 76804

E-Mail: hans-christian.stroebele@bundestag.de

Tag ebenso viel wie hundert afghanische Soldaten. Durch den gezielten Aufbau der ANA könnten die verfügbaren Mittel also deutlich kostengünstiger eingesetzt werden.

Gespräch mit Ramazan Bashardost (Abgeordneter in Kabul)

Herr Bashardost berichtete von seinem Wahlkampf für die Präsidentschaftswahl im letzten Herbst – er kam mit 10 Prozent der Stimmen auf den dritten Platz. Im Wahlkampf sei er durch 27 von 34 Provinzen gereist und habe mit vielen Menschen gesprochen. In Afghanistan gebe es keinen Krieg gegen die internationale Gemeinschaft, sondern ein Aufbegehren gegen die Regierung, erläuterte er ausführlich. Karzai toleriere und arbeite mit korrupten Menschen zusammen. Sogar sein Bruder sei verwickelt. Das ganze System sei von Korruption geprägt und komme nicht den Menschen zu Gute. Zu viel Macht liege in den Händen ehemaliger Warlords. Der erste Schritt zum Frieden sei die Entfernung dieser „Kriminellen“ aus den Regierungsposten. Die Gerechtigkeit müsse siegen, die Vergangenheit richtig aufgearbeitet werden. Hierfür müsse auch die internationale Gemeinschaft sorgen, leider sei bisher nichts passiert. Er berief sich auf die Arbeit der Unabhängigen afghanischen Menschenrechtskommission, die bereits 2002 eine Liste von Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen erstellt und an Karzai übergeben habe. Dieser habe jedoch bis heute nichts unternommen. Stattdessen habe Karzai selbst Taliban bzw. Aufständische ohne juristisches Verfahren töten lassen. Die internationale Gemeinschaft dürfe sich nicht auf die Schutzbehauptung zurückziehen, sich nicht in innere Angelegenheiten einmischen zu wollen. Die Lösung sei nicht, Afghanistan zu verlassen. Internationale (auch deutsche) Truppen würden aber nicht im Interesse des afghanischen Volkes handeln, sondern stützten nur die tief verstrickte politische Klasse des Landes.

Das deutsche Engagement sah er insgesamt kritisch: Die Beziehungen zu Deutschland seien "nicht gut". Das liege nicht nur an dem Bombardement der Tanklastzüge in



Hans-Christian Ströbele
Mitglied des Deutschen Bundestages
Unter den Linden 50, 10117 Berlin

Telefon 030 227 – 71503
Fax 030 227 – 76804

E-Mail: hans-christian.stroebele@bundestag.de

Kunduz am 04. September 2009, sondern auch allgemein an der unbefriedigenden zivilen Entwicklung im Norden. Das Geld aus Deutschland komme bei den Menschen viel zu wenig an. Für die meisten sei die persönliche Situation keineswegs besser geworden. Das gelte auch für die Leistungen anderer Geber. Viel zu viel Geld fließe in die Taschen internationaler NGOs oder Unternehmer. Große Teile der afghanischen Bevölkerung lebten nach wie vor in bitterer Armut. Das würde den Taliban wiederum Auftrieb geben.

Gespräche in der Heinrich-Böll-Stiftung am 2.2. 2010

Am 2. Februar besuchte ich die Niederlassung der Heinrich-Böll-Stiftung in Kabul. Es war die einzige Unternehmung des ganzen Aufenthalts in Afghanistan, die auf besonderen Wunsch ohne massive Sicherheitsbegleitung stattgefunden hatte. Die Mitarbeiter der Stiftung berichteten über ihre Arbeit und die Situation im Land.

Gespräch mit Vertreterinnen des Frauenprojekts WCLRF:

Drei Frauen stellten das Frauenprojekt aus Parwan WCLRF (Women & Children Legal Research Foundation) vor, eine Kooperationspartnerin der Heinrich-Böll-Stiftung. Das Frauenprojekt wurde 2003 von einigen Afghanischen Anwältinnen gegründet. Es sind dort ca. 10 Frauen teilweise angestellt, viele andere arbeiten ehrenamtlich mit. Da viele Afghanische Frauen und Mädchen der Willkür durch Männer sowie den ländlichen Justizsystemen (Stichwort Sharia) ausgesetzt sind, will dieses Projekt solche Fälle dokumentieren, wissenschaftlich untersuchen und den Verantwortlichen helfen, den Frauen und Mädchen ein würdevolles Leben zu ermöglichen. Es geht um Überzeugungsarbeit und Rechtshilfe. Die Frauen gehen in Gruppen zusammen in Dörfer und versuchen die Dorfältesten von der Notwendigkeit von Frauenrechten - sowohl ökonomische wie soziale - zu überzeugen. Zudem geben sie Workshops für andere Frauen, damit diese für die Gleichstellung "trainiert" werden.



Hans-Christian Ströbele
Mitglied des Deutschen Bundestages
Unter den Linden 50, 10117 Berlin

Telefon 030 227 – 71503
Fax 030 227 – 76804

E-Mail: hans-christian.stroebele@bundestag.de

Das Reintegrations- und Versöhnungsprogramm von Präsident Karzai beurteilten die Vertreterinnen des Projekts sehr kritisch, weil sie Angst haben, dass sich dann die Frauenrechtslage verschlechtern würde. Außerdem sahen sie es als problematisch und unfair an, dass Taliban nun bevorzugt Land und Arbeit bekommen sollen und andere nicht. Sie stellen auch kritisch die Frage: who is taliban?

Gespräch mit zwei Vertretern aus der Zivilgesellschaft Kabul

Zwei Vertreter der Zivilgesellschaften berichteten über die Vernetzung und ihre Sicht der Situation im Land.

Eine Ärztin erläuterte ihre Arbeitsverhältnisse. Diese erzählte, dass sie seit 10 Jahren tätig sei. Während der Talibanzeit habe sie studiert, war aber vielen Repressionen ausgesetzt. Jetzt sei es unter der Karzai-Regierung viel besser geworden, aber es fehle das notwendige Engagement des Gesundheitsministers. Eine Frau sei als Ministerin abgelehnt worden, weil sie Usbekin ist. Der jetzige Minister würde zu wenig für die Gesundheit von Frauen tun, insbesondere gegen die Risiken bei der Geburt. Viele Frauen, die gebildet sind, würden im Ausland studieren und nicht mehr zurückkommen. Die Folge sei ein großer Mangel an weiblichen Ärzten, was die Situation weiter verschärfe.

Ein anderer Vertreter der Zivilgesellschaft erläuterte seine Meinung zur Anwesenheit ausländischer Soldaten in der Stadt.

Diese stellten ein großes Problem in der Stadt dar, weil es dadurch mehr Selbstmordattentäter gebe. Jedoch würde ohne sie ein neuer Bürgerkrieg ausbrechen, daher sollten sie bleiben, bis die Afghanen sich selbst helfen können.

Die Arbeitslosigkeit sei neben der mangelnden Sicherheit das größte Problem: dadurch würden viele zu den Aufständischen überlaufen.



Hans-Christian Ströbele
Mitglied des Deutschen Bundestages
Unter den Linden 50, 10117 Berlin

Telefon 030 227 – 71503

Fax 030 227 – 76804

E-Mail: hans-christian.stroebele@bundestag.de

Gespräch mit Prof. Wadir Safi

Herr Safi ist Rechtsprofessor, Vertreter der Zivilgesellschaft mit hohem Ansehen und großer Medienpräsenz. Dies konnten wir daran erkennen, dass er immer wieder von Abgeordneten, Journalisten und anderen Gästen, die in dem Lokal vekehrten, lautstark begrüßt wurde.

Er betont, ohne Gerechtigkeit gebe es keinen Frieden: „No justice, no peace“. Derzeit könnten 80 Prozent der Bevölkerung ihr Recht vor Gerichte nicht suchen und finden, weil sie das nötige Geld nicht haben. Vor der Bearbeitung eines Falles verlangen die Richter für den Prozess viel Geld, 1.000 Dollar und mehr – nur allein um den Prozess in Gang zu bringen. Deshalb liegen bei einzelnen Gerichten Tausende unerledigte Fälle. Leute blieben sogar im Gefängnis, weil sie kein Geld für einen Prozess haben.

Gespräch mit einem Vertreter der EU

Er beklagt Probleme beim sinnvollen Mittelabfluss von EU-Geldern. So fehle bisher ein Trainingsauftrag sowie Vorgaben für die Ausbildung von Polizisten.

Hans-Christian Ströbele